

Problem der Arbeitslosenversicherung. Die Millionen-
grenze der Arbeitslosigkeit ist bereits überschritten.
die Zweimillionengrenze wird nach vorsichtigen, viel-
leicht sogar noch zu optimistischen Schätzungen des
Konjunkturinstituts im Januar und Februar über-
schritten werden. Ein paar geringfügige Rücklagen
der Reichsanstalt reichen noch für wenige Tage aus, um
die rasch steigenden Ausgaben zu decken. Dann müs-
sen die Unterstützungen, die über der finanziellen Ba-
lancierungsgrenze der Arbeitslosenversicherung (etwa
840 000 Erwerbslose) liegen, durch Reichsmittel be-
zahlt werden. Zwar ist der Finanzminister gesetz-
lich verpflichtet, die notwendigen Darlehen zur Ver-
fügung zu stellen; leider aber gibt das gleiche Gesetz
vom Juli 1927 nicht an, wie man diese Zuschüsse
herbeizubringen kann.

250 bis 300 Millionen Mark sind nach Ueber-
zeugung aller Fachkreise zur Deckung des bevorstehen-
den winterlichen Fehlbetrages der Arbeitslosenver-
sicherung in Rechnung zu stellen. Es liegt auf der
Hand, daß schon an diesem einen Punkt die ganze
Finanzreform praktisch scheitern kann. Eine solche Fi-
nanzreform verdient aber ihren Namen nicht, und
mit ihr kann die Wirtschaft, deren täglich sich zuspi-
zende Lage in der Zahl der Betriebs einstellen, der
Konkurz und des Arbeitslosenheeres ja einen
nicht mehr mißzubedeutenden Ausdruck findet, nichts an-
fangen. Es muß Ordnung geschaffen und die Grund-
lage unseres Wirtschaftslebens wiederhergestellt wer-
den, und zwar sofort.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. Dezember 1929.

:: **Stinburg beglückwünscht Ferrigoben.** Reichs-
präsident von Stinburg hat an den Präsidenten von
Argentinien, Ferrigoben, ein Telegramm gerichtet, in
dem er ihn zu seiner Rettung bei dem gegen ihn ge-
richteten Mordanschlag herzlich beglückwünscht.

:: **Schließung des Pariser Bureaus des deutsch-
französischen Studientomitees.** Am 1. Januar wird das
Pariser Bureau des deutsch-französischen Studien-
komitees geschlossen. Das deutsch-französische Studien-
komitee bleibt weiter bestehen, es soll in veränderter
Form seine der wirtschaftlichen Annäherung gewid-
mete Arbeit fortsetzen.

:: **Englischer Weihnachtsgruß an Deutschland.** Die
deutsch-englische Vereinigung Berlin hat von dem eng-
lischen Seerführer General Sir Jan Hamilton folgen-
des Telegramm erhalten: Weihnachtsbotschaft an
Deutschland. Die schwerkriegsbeschädigten britischen
Soldaten des Giftordhauses in Rochester senden
allen in deutschen Krankenhäusern befindlichen Schwer-
kriegsverletzten herzliche Weihnachtsgrüße.

:: **Eine neue Verhaftung in der Bombenaffäre.**
In der Voruntersuchung wegen der Sprengstoffaffäre
erfolgte eine neue Verhaftung; sie betraf den Ex-
pedienten Otto Rieger aus Hamburg, der verdächtig
ist, im Juli mit Herbert Schmidt den Anschlag auf
das Finanzamt Oldenburg verübt zu haben.

Rundschau im Auslande.

:: **Sämtliche neun vom Verwaltungsrat des Inter-
nationalen Arbeitsamtes zu dem am 6. Januar beginnenden
Kohlenkonferenz eingeladenen Staaten haben ihre Teil-
nahme zugesagt.**

:: **Der neuernannte mexikanische Präsident Ortiz Rubio
machte dem Präsidenten Hoover seine Aufwartung und
wurde, obwohl er sein Amt noch nicht angetreten hat,
mit großen Ehrungen empfangen.**

Kardinal Gamba gestorben.

Der Erzbischof von Turin, Kardinal Gamba, ist
im Alter von 72 Jahren an Herzschwäche verstorben. Am
Sterbetage hatte der Erzbischof noch dem Weihnachtsgottes-
dienst beigewohnt und darauf noch bis 2 Uhr nachts in
seinem Zimmer gearbeitet. Kardinal Gamba unterhielt
enge Beziehungen zum italienischen Königspaar. Auch hat
er in der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen dem
Papst und dem italienischen Königshause eine bedeutende
Rolle gespielt.

In diesem Jahre sind bereits acht Kardinal-
e gestorben.

Macdonald geht nicht nach dem Haag.

Mit Rücksicht auf die Bedeutung des englisch-
japanischen Gedanken-austausches über die Flottenabrüstung
wird Macdonald nicht persönlich an der Haager Kon-
ferenz teilnehmen, obwohl Frankreich durch seinen Minister-
präsidenten Tardieu vertreten wird. Eine private Zu-
sammenkunft zwischen dem englischen und französischen Mi-
nisterpräsidenten wird jedoch noch vor der Flottenkon-
ferenz stattfinden, da sie von beiden Seiten als nützlich
angesehen wird.

Friedenspakt im Mittelmeer?

Veröffentlichung der französischen Flottennote. —
Frankreichs Vorschläge für London.

— Paris, 28. Dezember.

Das französische Auswärtige Amt veröffentlicht
jetzt die den Mächten überreichte Denkschrift zur Flot-
tenkonferenz. Wie bereits bekannt war, will Frank-
reich nur unter der Voraussetzung nach London gehen,
daß dort keine Endregelungen getroffen werden, son-
dern nur Vorbereitungen für die allgemeine Ab-
rüstungskonferenz in Genf.

Neben diesen Vorbehalten enthält die französische
Denkschrift als politisch wichtigsten Vorschlag die An-
regung zu einem Vier-Mächte-Pakt im Mittelmeer, an
dem Frankreich, Italien, England und Spanien teil-
nehmen sollen. Es soll ein „Nichtangriffsvertrag unter
gegenseitiger Garantie“ werden. Jedoch legen die fran-
zösischen Diplomaten Wert darauf, daß England nicht
als Garant und Schiedsrichter, sondern nur als Teil-
nehmer dem Pakt beitreten soll.

Zum Schluß werden die französischen Diplomaten
ironisch, indem sie darauf hinweisen, daß der Kriegs-
schlichtungspakt trotz der Fortschritte zum Frieden noch
nicht zur völligen Sicherung des Friedens genüge. Und
aus dieser Erkenntnis heraus, so folgern die fran-
zosen, habe England sich wahrscheinlich auch nicht zu
einer fühlbaren Verminderung seiner Kriegsstärke be-
zeitigen können.

Rabiettsrat über Haag.

In Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten. — Sonn-
abend Weiterberatung.

— Berlin, 28. Dezbr.

Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern in sehr
ausgedehnter Beratung mit den mit der Schlussson-
ferenz im Haag zusammenhängenden Fragen. Amtlich
wurde nach dem Kabinettsrat folgende Mitteilung ver-
öffentlicht:

Das Reichskabinett beschäftigte sich in seiner
heutigen Sitzung in Anwesenheit des Reichsbankprä-
sidenten Dr. Schacht in eingehender Aussprache mit
den auf der bevorstehenden Haager Konferenz zur
Beratung stehenden Problemen. Die Erörterungen
werden morgen, gleichfalls unter Beteiligung des
Reichsbankpräsidenten, fortgesetzt.

Wie man hört, wurde im Kabinettsrat, abgesehen
von der Frage der Zusammensetzung der deutschen Dele-
gation, auch über die Aufstellung bestimmter Rich-
linien verhandelt, die von der deutschen Delegation
zu befolgen sein werden. Endgültige Beschlüsse über die
personelle Zusammensetzung der Delegation wurden
noch nicht gefaßt. Als sicher gilt jedoch die Entsendung
des Reichsaussenministers Dr. Curtius, des Reichs-
finanzministers Moldenhauer und des Reichsministers
für die besetzten Gebiete Dr. Wirth; nicht umstritten ist
ferner, daß auch Reichsbankpräsident Dr. Schacht der
Haager Konferenz beiwohnen muß.

Krach um die Foch-Dokumente.

Stürmische Auseinandersetzungen in der französischen
Kammer. — Briand in großer Erregung.

— Paris, 28. Dezember.

Im Verlaufe der außenpolitischen Debatte in der
französischen Kammer kam es zu schweren Zusammen-
stößen zwischen dem Minister des Auswärtigen Briand
und den Abgeordneten Reibel und Franklin Bouillon.
Die Spannung erreichte ihre Höhepunkt, als Reibel
damit begann, ein Dokument zu verlesen, das der vor-
einigen Monaten verstorbenen Marschall Foch im Herbst
1926 verfaßt und dem Staatspräsidenten überreicht
hat.

Darin heißt es, Deutschland werde von Tag zu
Tag stärker an Zahl und Macht. Als besiegte Nation
wünsche es die Revanche. Deutschland sei ein zu fürch-
tender Nachbar. Die Rheinlandbesetzung garantiere
die Sicherheit Frankreichs. Solange die Reorganisie-
rung des französischen Heeres andauere und solange
die Verteidigungsanlagen an der Grenze noch nicht
vollendet seien, dürfe man die im Versailler Vertrag
vorgesehenen Räumungsfristen nicht abfragen.

Briand erwiderte in großer Erregung, er sei
überrascht, daß der Abgeordnete Reibel hier ein Do-
kument Fochs habe aus der Tasche ziehen können, von dem
Foch ihm, dem Außenminister, keine Kenntnis ge-
geben habe, obgleich dieses Dokument die Landesver-
teidigung betreffe und obwohl er, Briand, in den Kon-
ferenzen, mit denen Foch sich viermal in der Woche be-
raten habe, den Vorschlag gefaßt habe, das sei fürwahr
ein recht trauriger Fall. Welche Folgen das haben
werde, wisse er nicht, er möchte jedoch feststellen, daß
die Verantwortung Reibel zu tragen habe.

Nach Briand nahm Ministerpräsident Tardieu
das Wort; seine Rede galt der Verteidigung des Ver-
sailler Vertrages.

Das verbotene Weihnachtsfest.

Russische Bauern überschreiten die polnische Grenze,
um Weihnachten feiern zu können.

— Warschau, 28. Dezember.

Wie aus dem polnisch-russischen Grenzbezirk be-
richtet wird, haben am Weihnachtstage zahlreiche katho-
lische russische Bauern die polnische Grenze über-
schritten, um das Weihnachtsfest feiern zu können. Für
Rußland hatten die Sowjetbehörden ein strenges Ver-
bot erlassen. Unter den heimlichen Grenzüberläufern
waren insbesondere die Frauen stark vertreten; groß
soll ferner die Zahl derer gewesen sein, die sich in
der Nähe der Grenze aufhielten, um wenigstens den
Klang der Weihnachtsglocken hören zu können.

Ausführlich schilderten die Ueberläufer die stren-
gen Unterdrückungen der Weihnachtsfeiern durch die
Sowjetbehörden. Kurz vor den Weihnachtsfeiertagen
sollen zahlreiche katholische Geistliche verhaftet wor-
den sein, auch wurde von Hausdurchsuchungen in den
Bauernhöfen berichtet, bei denen sogar die für die
Festtage vorbereiteten Speisen beschlagnahmt wurden.

Moskaus Kampf gegen die Kirche.

Erziehung von zwei Pfarrern in Leningrad. — Die
Zahl der Kirchen soll auf ein Drittel vermindert
werden.

Wie amtlich aus Moskau gemeldet wird, wurden
am zweiten Feiertag in Leningrad zwei russische Pfar-
ren namens Kudrjaczow und Winogradow wegen sowjet-
feindlicher Werbetätigkeit erschossen. Die beiden Pfar-
rer sollen eine Geheimorganisation unter dem Namen
„Flamme“ gebildet und die Dörfer im Leningrader
Bezirk gegen die Sowjetregierung „aufgehetzt“ haben.

Ueber den Kampf der Sowjetbehörden gegen die
Kirche liegt eine neue Meldung vor, nach der in der
Sowjetunion im Laufe der letzten zwei Monate 340
Kirchen, 63 Synagogen und 18 Moscheen geschlossen
wurden. Die Zahl der Kirchen soll auf ein Drittel
vermindert werden.

Indischer Nationalkongress.

In Lahore eröffnet. — Ein Zeltlager vor der Stadt. —
Aufruf der Bevölkerung zum passiven Widerstand?

— London, 28. Dezbr.

In Lahore wurde der diesjährige indische Natio-
nalkongress feierlich eröffnet. Die Tagung, an der
etwa 2600 Vertreter aus allen Teilen Indiens teil-
nehmen, findet in einem großen Zeltlager vor der Stadt
statt. Die Polizei hat einen umfangreichen Sicherheits-

dienst eingerichtet. Der Kongress soll über die weitere
haltung Indiens gegenüber den angekündigten bri-
tischen Reformplänen Beschluß fassen. Die erste Haupt-
sitzung wird am Sonntag in einem riesigen Zelt, das
15 000 Personen faßt, stattfinden. Bis dahin tagt ein
Auschuß der indischen Führer, der die dem Kongress
vorzulegenden Entschlüsse ausarbeitet wird.

Von dem Ausgang des Kongresses dürfte die
weitere Gestaltung der englisch-indischen Beziehungen
stark beeinflusst werden. Auf dem Kongress im Vor-
jahre war die Forderung aufgestellt worden, daß In-
dien spätestens am 1. Januar 1930 das Recht der
Selbstverwaltung erhalten müsse. Nun hat zwar der
englische Vizekönig in einer Proklamation Indien die
Gewährung des Dominionstatus in Aussicht gestellt, über
den Termin — und das ist entscheidend — hat Eng-
land jedoch nichts gesagt.

Man betrachtet deshalb die Lage als gespannt und
befürchtet Zwischenfälle, auch rechnet man damit, daß
die indischen Führer zum Boykott britischer Waren
und zum Steuerstreik aufrufen werden.

Starke Geste Chinas.

Aufhebung aller fremden Sonderrechte durch ein-
seitigen Neujahrbescheid.

— London, 28. Dezember.

Der politische Zentralrat Chinas faßte den Be-
schluß, durch einen Neujahrbescheid alle den Ausländern
bisher zugehörigen Sonderrechte aufzuheben und auch
die in China lebenden Ausländer den chinesischen Ge-
richten zu unterstellen. Das Rechtsverfahren zwischen
Chinesen und Ausländern soll durch ein besonderes
Gesetz geregelt werden.

Der Entschluß des chinesischen Zentralrats dürfte
zu ernstlichen Spannungen zwischen China und den Mäch-
ten führen. Deutschland hat auf seine Sonderrechte
in China bereits bei den Friedensverhandlungen ver-
zichten müssen. Jetzt bekommen nun die Mächte die
Folgen ihrer Ostasienpolitik zu verspüren. Ob freilich
China klug beraten ist, wenn es jetzt durch eine einsei-
tige Erklärung alle Rechte aufgibt, nachdem es kurz zu-
vor erst mit seiner eigenmächtigen Politik Rußland
gegenüber Schiffbruch erlitten hat, das ist eine andere
Sache. Die zwischen Rußland und den fremden Staaten
geführten Verhandlungen über eine gütliche Einigung
in der Frage der Sonderrechte haben einen wenig
günstigen Verlauf genommen.

Wort im Parlament.

Der frühere Außenminister erschießt einen
Abgeordneten.

Die politische Spannung in Brasilien führte im
Bundesparlament in Rio de Janeiro zu einer Schieße-
rei, in deren Verlauf der Deputierte Filho von dem
Oppositionsführer und früheren Außenminister Lopes
niedergeschossen wurde. Filho, ein angesehenes Mit-
glied der Regierungspartei, verstarb auf dem Wege
zum Hospital. Lopes stellte sich freiwillig den Po-
lizeibehörden.

Skandal in Amerika.

Ein New Yorker Stadtrichter Haupt einer
Mörderbande.

Auf Grund der Enthüllungen eines Spiegels ist
in Amerika ein ungeheurer Skandal aufgedeckt worden.
Durch diese Enthüllung scheint sich das Dunkel zu
lichten, das noch über zahllosen Morden, Bombenattent-
aten und Raubüberfällen in New York und Chicago
lagert.

Es ist nämlich eine über das ganze Land ver-
breitete Organisation von Verurteilten aufgedeckt
worden, die ihren Hauptsitz in Chicago hatte und deren
Protector der Stadtrichter von New York, Albert Vi-
taie, war.

Einzelheiten über diese Tatsache, die bisher ver-
breitet worden sind, beruhen vorläufig noch auf Ver-
mutungen oder sind so unklar, daß sich einstweilen
ihre Wiedergabe noch verbietet. Aus Tageslicht soll
die Sache durch ein Verlesesmahl gekommen sein, das
Mitglieder eines „Klubs“ von 820 Verurteilten, über
den Vitale das Protektorat hatte, gegeben haben. Bei
diesem Verlesesmahl wurde ein Ueberfall fingiert.
Vitale und einer seiner Spigels sollen sich nicht ge-
wehrt haben. So stieg der erste Verdacht auf.

Ein graufiges Drama.

Schredenstat eines Geisteskranken.

Eine entsetzliche Missetat wurde am ersten Wei-
nachtsfeiertag in Berlin-Oberschönewalde verübt.

Dort erschlag der 34jährige Buchhalter Willy Len-
gerich seine 27 Jahre alte Ehefrau und sein dreijäh-
riges Töchterchen und brachte sich dann selbst lebens-
gefährliche Stichwunden bei.

In der letzten Zeit machte sich bei Lengerich ein
Nervenleiden bemerkbar. Man hatte wiederholt ver-
sucht, ihn in einer Anstalt unterzubringen. Am Wei-
nachtsheiligabend begab sich der Schwiegervater und
der Erkrankte nach einer Bekanntschaft in Falkensee. Die
Aufnahmeschwester der Krankenanstalt hat aber, daß der
Nervenranke noch die Feiertage über bei seiner Fa-
milie verbleiben möge.

Am ersten Feiertag hatte Lengerich den Besuch
seiner Schwiegereltern. Lengerich ging plötzlich in das
Nebenzimmer, stand dort lange Zeit am offenen Fenster,
so daß die Anverwandten schon fürchteten, der Kranke
werde sich aus dem Fenster stürzen. Unauffällig tief
der Kranke seine Frau und sein Kind in das Zimmer
und verriegelte hinter ihnen die Tür, so daß die
Schwiegereltern nicht folgen konnten.

Blitzschnell riß Lengerich dann von der Wand
einen Hirschfänger herab und erschlug damit, vor den
Augen seiner Frau, das Kind. Bevor sich die Gattin
noch in Sicherheit bringen konnte, rief Lengerich auch
auf sie ein und brachte ihr tiefe Stiche in der Herz-
gegend bei.